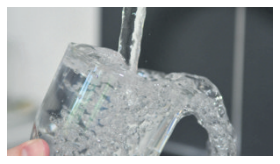
Die Oberbadische

Älteste Tageszeitung für Stadt und Landkreis Lörrach

Angucken ja, anfassen nein
Fast überall in Australien ist das Kuscheln mit Koalabären verboten.
→ AUS ALLER WELT

Spanischer Geniestreich
Teenager Lamine Yamal schreibt Fußball-Geschichte.
→ SPORT



Grundwasser belastet
Der Kanton Basel-Landschaft mahnt zu mehr Schutz.
→ REGIO

Ausgabe OVL | 139. Jahrgang | Nummer 158 | E 5406 A — Donnerstag, 11. Juli 2024 | Einzelpreis 2,50 Euro

Kontrollen an Grenzen tragen Früchte

Die FDP fordert, die Maßnahmen ein weiteres Jahr lang beizubehalten.

BERLIN. Seit Herbst 2023 gibt es stationäre Maßnahmen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz. Sie sollen bis kommenden Dezember gelten. Auch an der bayerischen Grenze zu Österreich wird schon länger kontrolliert, seit 2015 wird die Maßnahme dort immer wieder verlängert. Tatsächlich zeigt sich, dass die Zahl der Asylerstanträge in Deutschland seit der Einführung der Kontrollen gesunken ist. *red*

→ SEITE 2

Ariane 6: Flug geglückt

KOUROU. Europäische Raumfahrtexperten bewerten den Jungfernflug der neuen Rakete Ariane 6 als Erfolg – auch wenn am Ende die erneute Zündung eines Triebwerks nicht wie geplant funktionierte. Mit ihr hat Europa nun wieder selbst die Möglichkeit, Satelliten, Sonden und andere Experimente ins Weltall zu bringen. *dpa*

Ariane 6 Foto: ESA/dpa/M. Pédoussaut

→ AUS ALLER WELT

Kritik an Kommission

STUTTGART. Die Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ stellt die baden-württembergische Opposition nicht zufrieden. Die Aufarbeitung der Corona-Politik sei mangelhaft gewesen. *ang*

→ BADEN-WÜRTTEMBERG

Miese Noten für Grün-Schwarz

Der BaWü-Check zeigt: Die Bildungspolitik der Landesregierung schneidet bei den Bürgern schlecht ab. Begrüßt wird hingegen die Rückkehr zum G9.

Im BaWü-Check schneidet die Bildungspolitik im Südwesten nicht gut ab. Foto: dpa/Julian Stratenschulte

■ Von Bärbel Krauß

STUTTGART. Jeder zweite Bürger Baden-Württembergs stellt der grün-schwarzen Bildungspolitik ein insgesamt eher kritisches Zeugnis aus. Das hat der jüngste BaWü-Check, den das Institut für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der Südwest-Zeitungsverlage erhoben hat, ergeben.

Demnach stellen insgesamt nur 28 Prozent der Befragten der Landesregierung für ihre Bildungspolitik ein gutes oder sehr gutes Zeugnis aus. Bei den Eltern schulpflichtiger Kinder, die direkten Einblick in die aktuelle Wirklichkeit in den Klassenzimmern haben, ist der Anteil deutlich höher (37 Prozent). In beiden Testgruppen zieht 51 Prozent der Befragten eine weniger oder gar nicht gute Bilanz.

Damit bekommen Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), Kultusministerin Theresa Schopper (Bild, Grüne) und die CDU als aktueller Koalitionspartner auch die Quittung für wachsende Probleme an Schulen. Lehrermangel, die zunehmende Gewalt und mangelnde Deutschkenntnisse vieler Kinder und Jugendlicher machen den meisten Bürgern die größten Sorgen.

Die vor kurzem von Grün-Schwarz beschlossene Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium trifft auf Zustimmung (70 Prozent), ähnlich wie die Wiedereinführung einer verbindlicheren Grundschulempfehlung (62 Prozent).

Zwar schneiden die Schulen selbst in der Bewertung der Bevölkerung deutlich besser ab als die Politik. Aber aktuell finden nur noch 47 Prozent ihre Arbeit gut oder sehr gut. Vor zehn Jahren fiel das Urteil laut dem Allensbacher Institut bei 75 Prozent positiv aus. „Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Themas für die Zukunft des Landes und auch im Vergleich zum Urteil über andere Politikfelder ist das Zeugnis, das die Bevölkerung der Landesregierung hier ausstellt, jedoch keinesfalls das schlechteste“, schreiben die Meinungsforscher.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung nimmt die aktuelle Lage negativ wahr. Ihre Stimmung für die nächsten zwölf Monate ist von Skepsis (28 Prozent) oder von Befürchtungen (26) gekennzeichnet. 32 Prozent haben Hoffnungen.

→ LEITARTIKEL, DRITTE SEITE

Pflege im Heim noch teurer

Die Ampel wird zum Gegensteuern aufgefordert.

BERLIN. Die Eigenanteile für Menschen in Pflegeheimen sind gestiegen. Wie eine Auswertung des Verbandes der Ersatzkassen ergab, müssen Pflegebedürftige für das erste Aufenthaltsjahr derzeit durchschnittlich 2871 Euro pro Monat selbst bezahlen. Das sind 211 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Sowohl der Verband als auch Patienten- und Verbraucherschützer forderten die Ampel zum Gegensteuern auf.

Für das zweite Jahr stieg die monatliche Zuzahlung der Auswertung zufolge um 233 auf aktuell 2620 Euro. Im dritten Aufenthaltsjahr müssen 2284 Euro selbst gezahlt werden – 169 Euro mehr als im Vorjahr, im vierten 1865 Euro und damit 91 Euro mehr. *AFP*

→ MEINUNG DES TAGES, SEITE 2

Ukraine bekommt F-16-Jets

Die Kampfflieger sollen schon bald einsatzbereit sein.

WASHINGTON. Noch in diesem Sommer sollen die von ausländischen Partnern versprochenen F-16-Kampfjets in der Ukraine zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Der Transfer der Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington an. Es geht um F-16-Jets aus amerikanischer Produktion, die von Dänemark und den Niederlanden bereitgestellt werden.

„Aus Sicherheitsgründen können wir zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Einzelheiten bekanntgeben“, hieß es in der Erklärung. Seit langem bittet Kiew um Kampfjets. *dpa*

→ HINTERGRUND

Meinung des Tages

Von Norbert Wallet

Ausgleich nötig

Die Finanznöte in der Pflege sind hausgemacht.

Die Kostenspirale in der Pflegeversicherung dreht sich immer weiter. Es ist ärgerlich, dass die Finanznöte einer solidarischen Sozialversicherung politisch herbeigeführt sind. Im Umkehrschluss heißt das, dass Abhilfe geschaffen werden könnte, wenn nur der politische Wille dazu bestünde. Wie in anderen Sozialversicherungen auch, verschiebt der Staat Kosten, die von der Allgemeinheit, also aus dem Steuertopf gezahlt werden müssten, auf die Pflegeversicherung. Dazu zählt die Übernahme der Rentenbeiträge pflegender Angehöriger durch die Pflegeversicherung. Ohne die Belastung hätte die Pflegeversicherung im vergangenen Jahr 3,6 Milliarden Euro mehr gehabt. Es kommt ein Strukturproblem hinzu. Eine wirkliche Solidarversicherung lebt davon, dass starke Schultern ihren fairen Beitrag leisten. Wenn aber „gute Risiken“ mit hohem Einkommen in die private Pflegeversicherung ausweichen können, gerät das System aus der Balance. Es muss ein Ausgleich geschaffen werden.

■ Wetter im Kreis

morgens	mittags	abends
18°C	25°C	26°C
15%	10%	60%

■ Börse

M-Dax	Dax	EuroStoxx
25613,88	18407,22	4958,86
Vortag 25252,18	Vortag 18236,19	Vortag 4903,62

■ Service

Aboservice: 07621/40 33 40
Anzeigenservice: 07621/40 33 30
Redaktion: 07621/40 33 50
E-Mail:
ov.redaktion@verlagshaus-jaumann.de
anzeigen@verlagshaus-jaumann.de
vertrieb@verlagshaus-jaumann.de
Onlinedienst:
www.dieoberbadische.de

43828
4190540602508

■ Lörrach

Politik will Sorgen weiter ernst nehmen

Die Bürgerfragen zur Flüchtlingsunterkunft in Stetten reichten im Hauptausschuss von der Artikulation von Ängsten bis zur tatkräftigen Unterstützung der neuen Nachbarn in Stetten. Die geplante Flüchtlingsunterkunft hat abermals die unterschiedlichen Auffassungen in der Stadtgesellschaft vor Augen geführt. Der neue und nicht der alte Gemeinderat soll laut dem Regierungspräsidium Freiburg entscheiden.

■ Weil am Rhein

Auch die Bürger dürfen mitentscheiden

Wie soll die Hauptstraße künftig aussehen? Und wie kann sich die 3-Länder-Stadt besser an das Klima anpassen? Damit beschäftigen sich die strategischen Ziele „Entwicklung und Gestaltung der Innenstadt“ und „Klimaschutz“. Zum Thema Innenstadt erinnert das Stadtbauamt in seinem Bericht, der jetzt dem Rat vorgelegt wurde, an die Freiraumplanung der Hauptstraße. Die Bürger wurden zum Projekt „Tram 8+“ beteiligt.